



Niederhollabrunn, Oktober 2016

Ratten-Posse findet Fortsetzung - Ratten finden den Weg zur Staatsanwaltschaft

Die beinahe Zwangsversteigerung des Gemeindeamtes von Niederhollabrunn war in allen Medien präsent und die Niederhollabrunner Bürger fragten sich, wie lange dieses „Theater“ andauert. Zu guter Letzt bekam der Rattenvertilger doch noch sein Geld und die angedrohte Zwangsversteigerung konnte abgewendet werden. Das war anscheinend nur das vorläufige Ende, denn hinter verschlossenen Türen brodelte es gewaltig weiter und ein Ende dieser peinlichen Provinzkomödie ist noch lange nicht in Sicht!

Wie aus einem Gebarungsbericht nunmehr zu entnehmen ist befindet sich das **Rattenthema seit Herbst 2015 bei der Staatsanwaltschaft**. Angeblich hat der ÖVP-Parteiboss und nunmehrige Bürgermeister Jürgen Duffek seinen Amtsvorgänger und Spitzenkandidaten der Gemeinderatswahl 2015 Leopold Wimmer bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Den Stand des Verfahrens kennen nur die Beteiligten.

Schlimm genug, dass diese Causa beim Staatsanwalt ist. Die Posse geht weiter, denn ein Mitglied des Prüfungsausschusses hat **Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachtes des Amtsmissbrauches gegen Bürgermeister Jürgen Duffek** erstattet. Dieser hat die Prüfung der Ratten-Causa verhindert und in weiterer Folge die Verhinderung vertuschen wollen. Auch dieser Fall liegt bei der NÖ Landesregierung zur Prüfung.

Ratten-Causa – die Vorgeschichte

Man muss vorausschicken, dass Altbürgermeister Leopold Wimmer während seiner Amtsperiode einen Rattenvertilger beauftragte. Vorgesehen war, dass jeder Haushalt eine Rattenfalle nimmt. Dazu hat Altbürgermeister Leopold Wimmer verordnet, dass jeder Haushalt den Rattenvertilger zumindest reinlassen und das Grundstück oder das Anwesen begutachten lässt.

In Wirklichkeit war es dann aber so, dass sich manche Haushalte weigerten, trotz Verordnung, den Rattenvertilger hinein zu lassen, andere weigerten sich, eine Falle zu nehmen, wieder andere hingegen nahmen und bezahlten die Kosten für die Falle anstandslos und einige andere nahmen die Falle und ließen die Gemeinde dafür bezahlen.

Im vergangenen Jahr fand am 29.09.2015 am Gemeindeamt der Marktgemeinde Niederhollabrunn eine Prüfungsausschusssitzung statt. Dabei sollte auch unter anderem der Bereich „Rattenfallen“ geprüft werden. Bei der Prüfung sollte man feststellen, welche Haushalte eine Rattenfalle genommen, aber nicht bezahlt haben.

Die Prüfung wurde dann nicht durchgeführt! „Es wurde festgehalten, dass diese Angelegenheit bereits Thema der Staatsanwaltschaft ist. Inhaltlich kann dazu keine Stellung genommen werden.“

Auszug aus dem Bericht der Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss vom 29.09.2015

2) Dringlichkeitsantrag des [REDACTED] über offene Forderungen bei den Rattenfallen:

Abstimmung zur Aufnahme auf Tagesordnung:

Beschluss: 4 Jastimmen – LSP, SPÖ, ÖVP

1 Enthaltung - FPÖ

Es wurde festgehalten, dass diese Angelegenheit bereits Thema der Staatsanwaltschaft ist. Inhaltlich kann dazu keine Stellung genommen werden.

In der Gemeinderatssitzung am 21.12.2015 wurde der Bericht des Prüfungsausschusses dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

In einer Anfrage an Bürgermeister Jürgen Duffek wollte man seitens der LSP in Erfahrung bringen, ob das Thema Ratten wirklich bereits bei der Staatsanwaltschaft angezeigt wurde. Dieser verneinte, dass es bereits Thema beim Staatsanwalt sei. Man arbeite an der Eingabe.

Im weiteren Verlauf stellte Bürgermeister Jürgen Duffek mündlich den Antrag, dass im Protokoll zur Prüfungsausschusssitzung vom 29.09.2015, der Satz „...diese Angelegenheit bereits Thema der Staatsanwaltschaft ist...“ gestrichen werden möge.

Über diesen Antrag wurde abgestimmt und der Antrag wurde angenommen.

Auszug aus der Tonbandaufnahme über die Gemeinderatssitzung vom 21.12.2015

http://www.liste-schachel.at/ratten-causa/GR-Sitzung_20151221_Tonband.mp4

Auszug aus der Niederschrift der Tonbandaufnahme über die Gemeinderatssitzung vom 21.12.2015

http://www.liste-schachel.at/ratten-causa/GR-Sitzung_20151221_Niederschrift-Tonband.pdf

Im Protokollentwurf zur Gemeinderatssitzung vom 21.12.2015, war aber plötzlich dieser mündliche Antrag, der angenommen wurde, nicht enthalten.

Entwurf des Protokolls über die Gemeinderatssitzung vom 21.12.2015

http://www.liste-schachel.at/ratten-causa/GR-Sitzung_20151221_Entwurf-Protokoll.pdf

Der schriftliche Hinweis seitens der LSP am 17.01.2016 auf das Fehlen des mündlichen Antrages an die Gemeindeführung wurde ignoriert. Der formelle Einwand mit Protokollkorrektur gegen das Protokoll wurde in der Gemeinderatssitzung am 29.03.2016 abgelehnt.

Auch wurde der Antrag zur Anschaffung eines Gerätes zur Schallaufzeichnung zur Unterstützung der Protokollführung abgelehnt. (Siehe Beilage 5 des Sitzungsprotokolls vom 29.03.2016)

Protokoll über die Gemeinderatssitzung vom 29.03.2016

http://www.liste-schachel.at/ratten-causa/GR-Sitzung_20160329_Protokoll.pdf

Des Weiteren wurde die Causa an die Aufsichtsbehörde, die NÖ Landesregierung, zur Prüfung gesendet. Einer Stellungnahme des Bürgermeisters Jürgen Duffek ist zu entnehmen, dass er wiederum angibt keinen Antrag gestellt zu haben.

Auszug aus der Stellungnahme der Gemeinde an die NÖ Landesregierung im Februar 2016

Weiters entspricht die folgende schriftliche Aussage des Beschwerdeführers nicht der Wahrheit:

Im weiteren Verlauf der Sitzung hat der Bürgermeister Duffek den Antrag gestellt, dass aus dem Prüfungsausschussprotokoll der Punkt 2 durch den Gemeinderat zu streichen sei. Dieser Antrag findet sich nunmehr im Entwurf des Protokolles nicht.

Von mir und auch keinem anderen Gemeinderat wurde ein derartiger Antrag gestellt noch zur Abstimmung gebracht. Hier werden einige Dinge falsch wiedergegeben bzw. wurden anscheinend einige Diskussionspunkte falsch wahrgenommen.

Die Tonbandaufnahme der Gemeinderatssitzung vermittelt dem Hörer etwas völlig anderes!

Tatsache ist, dass wir (die LSP) bis heute keine Einsicht in den Akt erhalten haben und der konkrete Verdacht besteht, dass einige Haushalte Rattenfallen bekommen, aber nicht bezahlt haben. Die Kosten dafür dürfte die Marktgemeinde Niederhollabrunn übernommen und diesen Haushalten nicht vorgeschrieben haben, obwohl andere Haushalte ebenso Rattenfallen erhalten und bezahlt haben.

Aufgrund dieser mysteriösen Vorgehensweise muss man sich folgende Fragen stellen:

- Warum hat die Gemeinde die Kosten von einzelnen Rattenfallen übernommen, obwohl dadurch ein möglicher Schaden für die Gemeinde entstanden ist?
- Warum wehrt sich Bürgermeister Jürgen Duffek gegen die Aussage, dass das Thema Ratten bereits Thema der Staatsanwaltschaft ist und auch gegen die Herausgabe von Daten?
- Warum wird der mündliche Antrag von Bürgermeister Jürgen Duffek im Protokoll zur Gemeinderatssitzung vertuscht?
- Hat Bürgermeister Jürgen Duffek seinen Amtsvorgänger aus der eigenen Partei wirklich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und wie ist der Ermittlungsstand?

Ein Prüfungsausschussmitglied hat jedenfalls die Vorgänge rund um die vorenthaltenen Akten und die Verfälschung des Protokolls wegen Verdachtes des Amtsmissbrauches gegen Bürgermeister Jürgen Duffek bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und die Erhebungen sind im Laufen.

Wir von der LSP halten Sie über den Stand der „Ratten-Causa“ auf dem Laufenden!

Mehr Informationen finden sie unter: <http://www.liste-schachel.at/ratten-causa.html>

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Johannes Schachel
LSP-Parteibmann